

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 103 (1977)
Heft: 18

Artikel: Der Kommunismus steht rechts!
Autor: Knobel, Bruno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-610781>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Kommunismus steht rechts!

Vor kurzem hat Ulrich Kägi seine Polit-Satire «Volksrepublik Schweiz 1998» veröffentlicht. Die grundsätzliche Auseinandersetzung darüber blieb jedoch aus, weshalb Kägi sie anzufachen gedachte mit Gesprächen, die er mit Persönlichkeiten von «ganz links» bis «rechts» führte über Fragen nach dem Standort der Schweiz im west-östlichen Spannungsfeld, ob es einen demokratischen Kommunismus gebe, wo die totalitären Gefahren liegen, ob die Marktwirtschaft ausgespielt habe, wie denn die «bessere» Gesellschaft aussehen soll...

In den 33 Gesprächen, die gesammelt sind im Buch «Wird Freiheit Luxus?» (Walter Verlag, Olten) stehen sich extrem gegensätzliche Auffassungen gegenüber. Subjektive Meinungen ignorieren objektive Tatbestände; besonnene Wertungen lösen affektive Wertungen ab. Am Ende eines Schlusskapitels, in dem Ulrich Kägi das Ergebnis der Gespräche zusammenfasst, gibt er der Hoffnung Ausdruck, «dass die Debatte darüber in Gang kommt, was zu tun ist, damit wir auch in Zukunft unser Schicksal in Freiheit und Frieden selbst gestalten können».

Die Inhaltsfülle dieses Buches im einzelnen anzudeuten oder das einzelne gar wertend zu besprechen – dazu ist hier weder der Ort noch Platz. Hingegen mag es sinn- und reizvoll sein, von einigem, was im «Nebelspalter» vor kurzem diskutiert wurde, einen Bogen zu schlagen zu einigen Gesprächspartnern, die in dem Buch zu Wort kamen.

So habe ich z. B. im «Nebelspalter» schon geäußert, man mache es sich einfach, wenn man jeden Linken zum vornherein zum potentiellen Landesverräter stempelt; es war die Rede von der Unglaubwürdigkeit eines Angehörigen einer kommunistischen Partei, der behauptete, dennoch voll und ganz zu unserer Landesverteidigung zu stehen; es wurde erwähnt (und bestritten), wer noch heute im Kommunismus eine totalitäre Gefahr sehe, brauche deswegen kein (abschätzig zu beurteilender) «Kalter Krieger» zu sein; es wurde darüber diskutiert, ob eine pauschale Ablehnung aller «Linksextremen» nicht durch die mangelnde Transparenz linksextremer Gruppierungen selbst verschuldet sei, indem die Grosszahl der Bürger sich im Dschungel der unterschiedlichen Zielsetzungen zu wenig zurechtfinde und nicht wisse, welches Splittergrüppchen «Demokratie»

nicht nur verbal manifestiere, sondern sich auch an die demokratischen Spielregeln (im Sinne des ursprünglichen Sprachgebrauchs) zu halten verpflichte...

Einige der Gespräche im Buch «Wird Freiheit Luxus?» wurden mit Persönlichkeiten «von links» geführt, mit Angehörigen der kommunistischen Partei der Arbeit und der POCH sowie Sozialdemokraten unterschiedlicher Färbung (Helmut Hubacher, Hansjörg Braunschweig, Hch. Buchbinder, Jeanne Hersch, Adolf Muschg, Jean Ziegler). Es ist nicht uninteressant, was sich aus ihren Ansichten im engeren oder weiteren Sinn auf Diskussionen, die im «Nebelspalter» geführt wurden, bezieht. Die nachstehend zitierten Äusserungen beweisen aber auch, wie sehr die Meinungen von Exponenten «der Linken» auseinandergehen, und wie falsch es ist, alles, was links ist, in einen Topf werfen zu wollen. Und eines zeigt sich mit aller Deutlichkeit – und dies wieder mit Bezug auf Leser-Diskussionen im «Nebelspalter»: Wenn eines linksprofilierten Artikelschreibers Meinung angefochten wird, braucht das noch lange nicht ein Angriff von rechts zu sein. Denn Gegenmeinungen gibt's im (linken) Lager selbst übergenug. Man bräuchte die Auseinandersetzungen um Meinungen in Sachfragen nicht dauernd zu vergiften und zu verpolitisieren, indem ein Gegenargument unter den Tisch gewischt wird oder indem ihm politische Motive unterschoben werden, weil es angeblich aus dem politischen andern Lager kommt.

Wir etikettieren den Meinungsgegner zu oft mit einem Vokabular, das nicht mehr gültig ist. Die Philosophie-Professorin und Sozialdemokratin Jeanne Hersch sagte: «Unser ganzes Vokabular ist uns vom Osten und seinen Anhängern gestohlen worden. Heute nennt man sozialistisch, was kommunistisch heissen müsste; Sozialisten werden als Gemä-

sigte, als Zentrumsleute, ja als Rechte hingestellt. Wer die Freiheit verteidigt, wird fast der extremen Rechten zugezählt. Wer jedoch auf die formale Freiheit verzichtet, gilt als progressiv und links. Wer den Kommunismus bekämpft, ist ein Feind des Sozialismus. In Wirklichkeit steht der Kommunismus rechts; es gibt auf der ganzen Welt kein konservativeres Regime als das sowjetische.»

Bildet die UdSSR eine Gefahr?

Diese Frage wird von vielen Bürgern bejaht. Sind sie deswegen «Kalte Krieger»? Auch Sozialdemokraten bejahen die Frage, wenn auch z. T. differenziert. Nur Linksextreme wichen einer klaren Beantwortung aus:

«Im militärischen Bereich scheint mir ein Angriff des Ostens gegen den Westen sehr unwahrscheinlich...», sagte Braunschweig (Präsident der SP des Kantons Zürich), eine ungeschickte Ostpolitik könnte aber einen solchen Angriff provozieren; die jetzige Situation könnte durch ein Eingreifen der Sowjetunion in Rumänien oder Jugoslawien gestört werden.

Hofer (Sekretariat PdA) ist mit der machtpolitischen Entwicklung in Europa «zufrieden. In immer rascherem Tempo verändern sich die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zugunsten des Sozialismus...».

Zufrieden äusserte sich auch Degen (Schweiz. Geschäftsleitung POCH), «denn die Machtverschiebung bedeutet, dass das antiimperialistische Lager an Einfluss gewonnen hat. Dieser Prozess geht weiter...».

Ob die Aussenpolitik der Sowjetführung expansiv operiere, hänge davon ab, wie sehr sie sich von innen oder aussen verunsichert, bedroht fühle, meinte Hch. Buchbinder (SP-Publizist). Moskau sei bestimmt nicht be-

reit, sein Aufmarschgebiet aufzugeben.

Und Hubacher (Präsident der SP Schweiz) erklärte: «Natürlich ist Russland eine Gefahr...»

Die Philosophin und Sozialdemokratin Jeanne Hersch ging von der Feststellung aus, in Westeuropa gebe es politische Freiheit, in Osteuropa aber nicht. «Für ein System der politischen Unfreiheit stellt die ausserhalb seines Machtbereiches vorhandene Freiheit eine Bedrohung dar...»

Libertärer, demokratischer, antiimperialistischer, totalitärer Sozialismus oder Staatssozialismus?

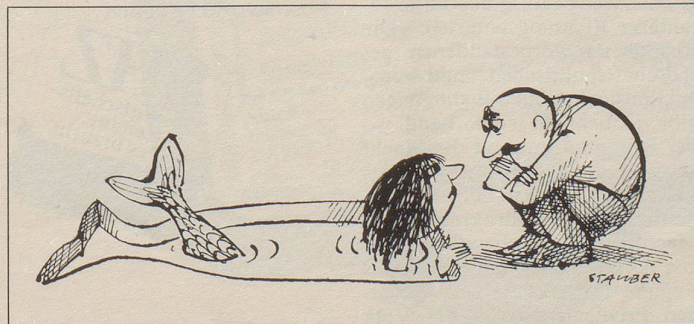
Was eigentlich streben «die Linken» an?

Jean Ziegler (SP Nationalrat und bekannt durch sein Buch «Die Schweiz – über jeden Verdacht erhaben?») forderte einen «libertären Sozialismus», der sich vom bolschewistischen Staatssozialismus unterscheide, aber auf dem Weg über einen revolutionären Prozess zu erreichen sei.

Hubacher trat für einen «demokratischen Sozialismus» ein, der «durchaus eine Alternative zwischen Staatskapitalismus und Privatkapitalismus darstellen» könne.

Degen will die Ueberwindung der kapitalistischen Ordnung, die klassenlose Gesellschaft, wobei die kommunistische Weltbewegung eine massgebende Rolle spiele. «Für uns Marxisten hat, wie alles, auch die bürgerliche Demokratie Klassencharakter. Sie ist eine der Herrschaftsformen der Bourgeoisie...» An die Stelle des Bürgertums trete aber nicht die Staatsbürokratie, sondern die Partei. Auch diese komme nicht aus ohne Repression, die erst mit der Ueberwindung der Klassen hinfällig werde. Wie lange es dauern werde, bis es so weit sei – darüber könne man nicht spekulieren.

Hofer: «Für uns ist die Sowjetunion das entscheidende Bollwerk und das Rückgrat der revolutionären Bewegung im Weltmassstab geblieben. Wir werden uns niemals in irgendwelche abenteurliche Haltungen gegen die Sowjetunion treiben lassen...» Die PdA erstrebe den Sozialismus, aber nur in Ueber einstimmung mit der Mehrheit des Volkes. Der nächste Schritt sei die Vereinigung der Arbeiter-



klasse, d. h. Bündnispolitik mit Sozialdemokraten, Gewerkschaften und POCH. «Wir streben mit allen Mitteln einen gewaltlosen Weg an, doch das hängt nicht allein von uns ab...» Und wenn die Volksfront «einmal in der Schweiz den Sieg errungen hat, kommt eine Abwahl mit dem Wahlzettel ... überhaupt nicht mehr in Frage».

Für Braunschweig besteht eine Uebereinstimmung in den Zielvorstellungen von Sozialdemokraten und Kommunisten dann, wenn sich eine kommunistische Gesellschaft auch nach der Menschlichkeit – die auch für Minderheiten und einzelne gilt – ausrichtet. Seit dem Zweiten Weltkrieg hätten die Kommunisten zugunsten einer besseren Zukunft gegen die Menschlichkeit verstoßen. «Dieser Preis war und ist mir zu hoch.»

Jeanne Hersch will die Freiheit verteidigen. «Auf allen Ebenen gleichzeitig. Wir brauchen eine Landesverteidigung. Wir brauchen die Einsicht, dass wir in Europa leben und mit seinem Schicksal verbunden sind. Wir müssen die Freiheit auf der Ebene des Denkens, der Ideologie, der Philosophie, der ausgewogenen Bewertung unserer Lebensweise ... verteidigen. Wieder mit Liebe und Achtung dem begegnen, was bei uns gut ist. Darauf verzichten, unsere Fortschrittlichkeit damit beweisen zu wollen, dass wir alles für scheusslich halten und mit Füßen treten. Gleichzeitig müssen wir alles tun, um unsere Verhältnisse maximal zu verbessern. Einerseits die soziale Gerechtigkeit so weit ausbauen, als es unsere wirtschaftlichen Verhältnisse erlauben, damit Freiheit für jedermann im Alltag greifbare Wirklichkeit wird. Andererseits in der Erziehung aller ...»

Nach der Meinung Muschgs müsste die Schweiz sozialistisch werden im Sinne der Befähigung zu sozialem Verhalten, zu erreichen auf dem Weg einer parlamentarischen Demokratie, welche auf Volksabstimmungen über Sachfragen (obligatorisches und fakultatives Referendum, Volksinitiative) verzichtet, «weil diese Abstimmungen mit mündiger Willensbildung fast nichts mehr zu tun haben ...». Die Mittel der direkten Demokratie sind Hebel der Ressentiments geworden. «Ich glaube, dass wir die Roskur einer parlamentarischen Demokratie brauchen – mit allen Unkosten, die sie mit sich bringt.»

Ist der Kommunismus totalitär?

Buchbinder wandte sich dagegen, mit dem alten kommunistischen Feindbild zu operieren; «man muss endlich auch die

Realität sehen, dass im Unterschied zu Faschismus und Hitlerei die massgeblichsten antitotalitären Gegenkräfte aus den Reihen der Kommunisten selber ... erstehen». Der Marxismus sei in sich nicht totalitär, sondern baue auf humanistischem Erbe auf. Und wenn er totalitär sei in seiner Annassung, allein den richtigen Weg der Menschheit zu kennen und diese erst noch auf diesen Weg führen zu müssen, dann widerspreche das «eigentlich seinem grundlegenden Wesen, wobei ich sehr wohl weiss, dass manche seiner Apologeten diese Art «Marxismus, praktizieren und zelebrieren». Und wenn Marxismus bisher immer ein totalitäres Regime erzeugt habe, dann «durch seinen Missbrauch als Ideologie zur Machtbekämpfung».

Braunschweig erklärte: «Der Kommunist, dessen Loyalität dem Kommunismus und nicht Moskau gehört und der gleichzeitig die Gewaltanwendung zur Veränderung der Machtverhältnisse – mindestens hier und jetzt – ablehnt, ist für mich grundsätzlich allianz- und bündnisfähig.» Die UdSSR habe Ursachen und Folgen des «Personenkults», der «Entartung» im wesentlichen überwunden.

Degen stellte fest, heute sei in der Sowjetunion die massive Verletzung der Gesetzlichkeit, die in gewissen Zeiten Stalins geherrscht habe und vielen einzelnen Menschen Leid und Unglück gebracht habe, endgültig überwunden. Angesichts der Entwicklung zwischen 1917 und 1976 könne man nicht leichthin von «Entartung» sprechen, auch nicht im Zusammenhang mit der CSSR 1968. «Die damalige Entwicklung in der CSSR bedeutete eine Schwächung der sozialistischen Kräfte im Weltmassstab. Ob die Intervention Moskaus in dieser Form notwendig und richtig war – dazu will ich mich nicht äussern ... Machtsicherungen müssen stattfinden ... Was nicht heisst, alles, was im sozialistischen Lager passiert, sei unter allen Umständen zu rechtfertigen. Die Rechte des einzelnen müssen besser geschützt werden ...»

Buchbinder meint, es sei falsch, anzunehmen, der Kommunismus müsse zwangsläufig überall in totalitärer Richtung entarten. «Die Realität der vorbestandene, gesellschaftspolitischen und produktionstechnischen Bedingungen gibt vielmehr (in jedem Land, wo der Kommunismus an die Macht kommt) die Grundlage ab, dass sich unter rückständigen Verhältnissen ... Bürokraten und Machttechniker obenaufschwingen können und ein totalitäres Regime durchsetzen, um die eigenen Privilegien gegen das Volk

zu sichern ... Ein «Sozialismus», der totalitär ist, ist kein Sozialismus ...»

Hubacher, auf die Frage nach der Reformfähigkeit des Sowjetregimes: «Die Grenze der Reformfähigkeit liegt dort, wo die Existenz des Regimes in Frage gestellt wird.»

Nach Muschg ist der Sozialismus entstanden aus dem Bedürfnis, Macht an jene zu verteilen, die bis dahin nur Objekte der Macht gewesen waren. Die Schwelle zum totalitären System «wird dort überschritten, wo diejenigen, die von Entscheidungen betroffen werden, nicht mehr an ihnen beteiligt sind, und wo eine Macht nicht abwählbar ist ...».

Jeanne Hersch hält die «Entartungen» in der Sowjetunion keineswegs für zufällige «Abweichungen», sondern «die logische Folge der kommunistischen Lehre. Ihr Wesenskern – im Unterschied zum demokratischen Sozialismus – besteht darin, dass

das Volk von einigen «Erleuchteten» zum Glück geführt werden muss. Das ist der Kommunismus. Dieses Kernstück der Lehre kann er nicht aufgeben, ohne alles und damit die eigene Existenzberechtigung aufzugeben ...».

Moskauhörig?

Es besteht ganz und gar kein Anlass, die Schweizer Sozialdemokraten der «Moskauhörigkeit» zu bezichtigen. Verbreitet dagegen ist die Unsicherheit mit Bezug auf die Linksextremen.

Hofer (PdA): «Die Sowjetunion strebt nicht nach Weltherrschaft, aber sie hat die Aufgabe, den Kampf der internationalen Arbeiterklasse ... zu unterstützen ... Die kommunistische Partei der Sowjetunion mischt sich heute in gar keiner Weise in die Politik der PdA der Schweiz ein. Wir bestimmen unsere Politik vollkommen selber. Das war früher vielleicht anders.»

Degen (POCH): «Diktatur des Proletariats» heisst bei Marx und Lenin nichts anderes als Herrschaft der Arbeiterklasse. Versteht man (darunter) die ganz bestimmte und aus andern historischen Voraussetzungen hervorgegangene Staatsstruktur der UdSSR zum Beispiel, so meinen wir natürlich, dass die Herrschaftsbedingungen einer sozialistischen Gesellschaft in Westeuropa andere sein werden. Sie kann sogar «pluralistische» Formen annehmen. Die führende Rolle der Arbeiterklasse bleibt (aber) unbedingt erhalten. Und die Partei der Arbeiterklasse bleibt der Kern der Klassenorganisation.

*

Das Buch «Wird Freiheit Luxus?» ist ein wertvolles, gegenwartsnah informierendes und sicher äusserst ernsthaftes Buch. Wenn dennoch obige, gewiss nicht humorvollen Hinweise im «Nebenspalter» gemacht werden, so nicht zuletzt deshalb, weil die innere Gegensätzlichkeit mancher Aussagen von scheinbar im Wesentlichen übereinstimmenden politischen Partnern auch der erheiternden, weil ironischen Aspekte nicht entbehrt, und sei es nur die Feinheit der Unterschiede zwischen libertärem, demokratischem und antiimperialistischem Sozialismus oder die Vorstellung von jener «Demokratie», die insofern nicht mehr klassenlos sein werde, als an Stelle des Bürgertums die Partei trete; oder von einer «Demokratie», in der ein einmal an die Macht gelangter «Sozialismus» mit dem Wahlzettel überhaupt nicht mehr abgewählt werden könne!

Da kann man sich eines (wenn auch irritierten) Lächelns wohl nicht völlig erwehren.

Weil es wirtschaftlich notwendige Informationen gibt, ist die Schweizerische Handelszeitung eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

- Ich bestelle die SHZ für 1 Jahr (52 Nummern, Fr. 76.–)
- Ich möchte die SHZ erst näher kennenlernen und bitte um ein 2-Monate-Probemonat.
- Gewünschtes bitte ankreuzen

Name

Vorname

Beruf/Stellung

Adresse

Plz/Ort

Einsenden an:
Schweiz. Handelszeitung,
Postfach, 8027 Zürich

